

Gesundheitsversorgung in NRW - LAG Krebsberatungsstellen in NRW legte Landtagsparteien Wahlprüfsteine vor

In NRW wird bei mehr als 14.000 Menschen jährlich eine Krebserkrankung diagnostiziert (Quelle: Datenbank des Krebsregisters NRW). Seit mehr als 20 Jahren werden in NRW krebserkrankte Menschen und ihre Angehörigen durch Krebsberatungsstellen informiert, psychosozial beraten und psychoonkologisch begleitet. In der Versorgungsstruktur von Krebspatienten und Angehörigen übernehmen diese Einrichtungen damit einen wesentlichen und wichtigen Anteil.

In NRW existiert durch die Landesarbeitsgemeinschaft Krebsberatungsstellen eine gute Netzwerkstruktur. Unter der Federführung des Landes NRW hat die LAG mit der Entwicklung Qualitätssichernder Maßnahmen und Vernetzung wichtige Standards für unabhängige, psychosoziale Krebsberatung in NRW erarbeitet und umgesetzt. Seit 2006 werden vom Land NRW für die Weiterentwicklung der entstandenen Netzwerkstruktur und Qualitätsentwicklung keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt. 21 Krebsberatungsstellen haben sich in der LAG zusammengeschlossen, aufgrund fehlender finanzieller Mittel sind einige der hier vertretenen Einrichtungen in ihrer Existenz gefährdet und kämpfen jährlich neu, ihre Arbeit fortsetzen zu können; einzelne Einrichtungen mussten sogar geschlossen werden.

Um diesen Zustand zu verändern, hat die Landesarbeitsgemeinschaft um Unterstützung bei den Landtagsparteien gebeten und Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen im Mai 2010 vorgelegt. Mit drei Fragen hat sich die LAG an die Landtagsabgeordneten gewandt:

1. Welche Möglichkeiten der Politik sehen Sie, Krebsberatungsstellen in eine Regelfinanzierung zu überführen?
2. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um landesweit flächendeckend eine unabhängige und qualifizierte Information, Beratung und psychoonkologische Begleitung von Krebskranken Menschen und deren Angehörigen zu gewährleisten?
3. Welchen Beitrag kann und soll das Land NRW leisten, um Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der LAG Krebsberatungsstellen in NRW auch in Zukunft zu ermöglichen?

Jetzt möchten die Mitglieder der LAG gerne die Öffentlichkeit zu diesem Thema über die wesentlichen Aussagen der im Landtage vertretenen Parteien informieren:

CDU:

„Die Landesregierung hat deutlich gemacht, dass eine Dauerförderung der Beratungsstellen leider nicht möglich ist. Vergleichbar schwere Erkrankungen erfordern wie bei Krebs eine psychosoziale Beratung, die im Rahmen der medizinischen Versorgung erfolgt.“

„Wir betrachten eine qualifizierte Information und Beratung der Betroffenen zunächst als Aufgabe der behandelnden Ärzte in den Praxen, Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen

Die von der LAG erarbeiteten und umgesetzten Qualitätsstandards sichern ein hohes Beratungsniveau.

„Unser Ziel ist, gemeinsam mit der Landesregierung geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um die hohe Qualität der Krebsberatungsstellen auch für die Zukunft sicherstellen zu können.“

SPD:

Die NRW-SPD will darauf hinwirken, dass Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung und das Land in Verbindung mit der Krankenhausgesellschaft NRW gemeinsame Vereinbarungen treffen, die eine gesicherte Finanzierung für Krebsberatungsstellen zum Ziel haben. Eine gemeinsame Finanzierung durch Leistungserbringer im Gesundheitswesen sowie durch das Land muss mit einem Konzept zu Standorten und Netzwerkstrukturen von Krebsberatungsstellen einhergehen. Es ist zu prüfen, inwieweit Krebsberatungsstellen im Rahmen der Weiterentwicklung der integrierten Versorgung fester Bestandteil eines differenzierten Leistungsangebotes für Krebskranke sein können. Die SPD hält eine gesicherte Landesförderung von Koordinierungsstellen für unabdingbar.

FDP:

Die FDP verweist auf die Krebsgesellschaft in Düsseldorf und präventive Maßnahmen durch Informationsbroschüren und Seminare zu Selbstuntersuchung der Brust.

Die GRÜNEN:

Bereits in den Jahren der rot-grünen Landesregierung hat sich die GRÜNE Landtagsfraktion regelmäßig für Förderung der Krebsberatungsstellen eingesetzt und erreicht, dass eine landesweite Förderung eingerichtet wurde.

Die GRÜNEN haben zum Haushalt 2010 für die Unterstützung des Palliativnetzwerkes und die Krebsberatungsstellen 1.100.000,- € beantragt. „Wir teilen die Auffassung, dass die Bewältigung der Krankheitsfolgen nicht nur ein privates, sondern auch ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Problem darstellt. Krebsberatungsstellen sind unverzichtbarer Teil einer fachonkologischen Beratung- und Behandlungskette. Dabei spielt die unabhängige Beratung ohne eigene finanzielle Interessen eine zentrale Rolle. Es muss darum gehen, in allen Regionen ein Angebot unabhängiger Beratung sicher zu stellen. Eine regelhafte Förderung u.a. der niedrigschwelligen Informations- und Kommunikationsangebote sowie Schulungen ehrenamtlich tätiger Beraterinnen sind notwendig. Wir GRÜNEN halten eine kontinuierliche Förderung der Krebsberatungsstellen durch das Land NRW für notwendig, um qualitätsgesicherte und umfassende Beratungsangebote für betroffene Menschen und ihre Angehörigen wohnortnah und auch niedrigschwellig anbieten zu können.“

Bürger und Bürgerinnen haben am 9. Mai „die Wahl“. Mit den Wahlprüfsteinen möchte die LAG Krebsberatungsstellen in NRW eine Orientierungshilfe bieten zur zukünftigen Gesundheitsversorgung in NRW.

Weitere Informationen, Kontaktdaten und die Antworten der Parteien in ungekürzter Form sind zu finden auf der LAG- Website unter www.lagkbs.de.